

Nachrichten aus Brüssel

Von der Leyen fordert Gesundheitsunion

In ihrer ersten Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem die Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion gefordert.

Die Kommissionspräsidentin rief vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie dazu auf, die richtigen Lehren aus den vergangenen Monaten zu ziehen und in Gesundheitsfragen mehr Kompetenzen auf die Europäische Union zu übertragen. Aus Sicht von der Leyen hätten die Entwicklungen zu Beginn der Pandemie gezeigt, dass mehr Koordination und Unterstützung der nationalen Bemühungen dringend geboten seien. Zu den Prioritäten in einer Pandemie gehörten die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedsstaaten und die grenzüberschreitende Hilfe. Die Vorsorge und das Krisenmanagement bei internationalen Bedrohungen müsse dabei verbessert werden.

Nach dem Willen der Kommissionspräsidentin soll die EU in Zukunft Lagerkapazitäten für dringend benötigtes medizinisches Material in Krisenfällen schaffen. Im Einzelnen forderte von der Leyen eine Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) sowie des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Bisher darf etwa das ECDC, eine in Stockholm angesiedelte EU-Agentur, keine verbindlichen Empfehlungen herausgeben. Von der Leyen appellierte ferner an die Europa-abgeordneten, bei den laufenden Verhandlungen über den nächsten siebenjährigen Haushaltsrahmen mehr Geld für das EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“ bereitzustellen. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten im Sommer den Vorschlag der EU-Kommission von 9,4 Milliarden Euro auf 1,7 Milliarden Euro gekürzt.

Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung

Das Europäische Parlament hat einen Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung, das Committee on Beating Cancer (BECA), eingesetzt. Der Sonderausschuss besteht aus 33 Europa-abgeordneten und hat ein Mandat von zwölf Monaten.

In dem Gremium sollen alle Kräfte im Kampf gegen den Krebs gebündelt werden. Seine Aufgabe besteht insbeson-

dere darin, auf politischer Ebene Maßnahmen vorzuschlagen, wie die Europäische Union künftig zur Prävention und Bekämpfung von Krebs beitragen kann. Zu diesem Zweck sind Anhörungen mit Wissenschaftlern und Patienten im Parlament geplant. Der Sonderausschuss ist auch eine Reaktion auf den übergeordneten europäischen Plan zur Krebsbekämpfung, der im vierten Quartal 2020 veröffentlicht werden soll und einer der Schwerpunkte der amtierenden EU-Kommission ist.

EU will Arzneimittelengpässe verhindern

In einem Initiativbericht hat das Europäische Parlament rasche Lösungen für die zum Teil eklatanten Medikamentenengpässe in der Europäischen Union angemahnt. So fordern die Parlamentarier, dass die EU in geostrategischer Hinsicht ihre Unabhängigkeit im Gesundheitsbereich wiedererlangen muss, um die Versorgung mit erschwinglichen Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung wirksam und dauerhaft sicherzustellen. Die Beseitigung von Lieferengpässen soll nach dem Willen der Abgeordneten zu einem zentralen Bestandteil der für Ende 2020 geplanten EU-Arzneimittelstrategie werden.

Zu den zahlreichen weiteren Maßnahmen, die das EU-Parlament fordert, gehören unter anderem die Einrichtung einer europäischen strategischen Reserve für Arzneimittel, mehr gemeinsame Beschaffungsverfahren und die Förderung der Transparenz von Arzneimittelpreisen, legislative Änderungen im Bereich des Patentschutzes sowie die Einrichtung einer digitalen Plattform zu aktuellen Lagerbeständen und Lieferengpässen von Arzneimitteln.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK